

ill-Gülle
des Lächer.
Blut auf

Die Wochen

General-Anzeiger

Elberfeld für Elberfeld-Barmen Barmen
Hauptgeschäftsstelle und Schriftleitung W. Rathenaustr. 50
..... Fernsprecher Nr. 7000-7007.
Hauptgeschäftsstelle und Schriftleitung Neuerweg 57
..... Fernsprecher Nr. 714 und Nr. 4997

Beilagen: Die Wochenschau - Das Technische Blatt - Westdeutsche Sport-Zeitung - Für unsere Frauen - Haus, Hof und Garten.

Einziges Montags-Sportblatt im Bergischen Lande.

Nummer 43. Montag den 25. Oktober 1926 2. Jahrgang.

Die Abrechnung der Opposition in Rußland.

W. Moskau, 24. Oktober. (Drahtbericht.) Das Zentralkomitee und die Zentralkontrollkommission der RPD. Rußlands nahmen heute eine Entscheidung an, in der den Mitgliedern des Zentralkomitees, Trotski, Sinowjew, Kamenev, Platonow, Jewdokimow, Sokolnikow und Smilga sowie der Kandidaten für einen Sitz im Zentralkomitee, Frau Nicolajewa, ein Verweis erteilt wird. Ferner wurde festgestellt, daß eine weitere Tätigkeit Sinowjews im Komitee der III. Internationale unmöglich sei, da er nicht die Richtlinien der RPD. Rußlands im Komitee der III. Internationale vertritt und die deutsche, englische, französische, amerikanische und andere Weltkationen erklärt hätten, daß Sinowjew infolge seiner führenden fraktionellen Tätigkeit im Komitee der III. Internationale das Vertrauen der kommunistischen Parteien eingebüßt habe. Außerdem wurde beschlossen, Trotski von seinen Pflichten als Mitglied des politischen

Bureaus und Kamenev von seinen Pflichten als Kandidat des politischen Bureaus in Anbetracht ihrer führenden fraktionellen Tätigkeit zu entheben.
Auf der vom Zentralkomitee und der Zentralkontrollkommission der RPD. Rußlands in ihrer heutigen Sitzung beschützten Tagesordnung der am 20. Oktober zusammengetretenen Parteikonferenz stehen neben Fragen der internationalen Politik auch die Fragen der Opposition und der innerpolitischen Lage. Stalin wird darüber Bericht erstatten.
W. Moskau, 24. Oktober. (Drahtbericht.) Rußlands Theorien über die Wirtschaftslage für die 15. Konferenz der RPD. Rußlands, die vom politischen Bureau des Zentralkomitees der RPD. Rußlands gebilligt wurden, betonen, daß die Industrie ihr Produktionsniveau erreicht habe und daß die russische Währung fest stabilisiert sei und unterliegen den Ausbaur des inländischen Kreditwesens.
Eine neue Flage der Sowjetunion.
W. Paris, 24. Oktober. (Drahtbericht.) Wie der Chicago Tribune aus Warschau berichtet wird, hat die russische Gesandtschaft gestern angekündigt, daß die Flage der Sowjetunion nicht mehr die rote Flage mit Hammer und Sichel, sondern eine rotgrüne Flage mit goldenem Umrandung und mit Hammer und Sichel im Mittelfeld sein wird.

Die Verhandlungen des deutsch-französischen Komitees.

Paris, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das deutsch-französische Komitee trat heute nachmittag um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die sich bis gegen 7 Uhr hinzog. In dieser Sitzung fand nur eine allgemeine Aussprache statt, und zwar, wie wir erfahren, über die allgemeinen Richtlinien, die zur Aufstellung eines Arbeitsprogramms führen sollen. Nähere Einzelheiten, wie die Verhandlungsmethode desselben am besten zu verwirklichen sei, wurden noch nicht besprochen. Den Vorsitz in der Sitzung führte der bekannte luxemburgische Eisenindustrielle Manrich, der Präsident des Internationalen Stahlkartells. Heute abend um 8.30 Uhr fand im Hotel Erillon eine Sitzung ein Festbankett im Hotel Erillon statt, an dem die deutschen und die französischen Herren teilnahmen.

Die Verhandlungen des deutsch-französischen Komitees.

Rom, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem Poincaré die Entsendung eines offiziellen Finanzbeobachters nach Rom angeordnet hat, bedeutet die italienische Regierung einen Finanzattaché in Paris mit der Aufgabe zu ernennen, die französischen Finanzmaßnahmen aus der Nähe zu verfolgen. Die finanziellen Beziehungen beider Regierungen werden damit vervollständigt. Der italienische Botschafter in Paris hat vor seiner Rückkehr auf seinen Posten mit Mussolini zahlreiche Besprechungen gehabt.

Eine wichtige Mission des italienischen Generalkonsuls in Bukarest.

Rom, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Generalkonsul Badoglio ist mit einer besonders vertraulichen Mission in Bukarest betraut worden, die nach dem "Secolo" mit dem jüngsten Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Averescu in Rom in Beziehung gebracht wird. Generalkonsul Badoglio ist als Überbringer der offiziellen Einladung des italienischen Königshauses für den Besuch des rumänischen Königs paars im nächsten Frühjahr.

Xiang Tsu rin rückt gegen Wu Pei fu nach Süden.

Die Offensive der Kantontuppen gegen Schanghai scheitert?

London, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung des "Sunday Express" aus Schanghai hat General Wu Pei fu, der vor einiger Zeit von den Kantonten empfindlich geschlagen war, eine neue Offensive unternommen. Marshall Tschang Tsu Lin hat seinerseits 80.000 Mann in der Richtung nach Hankau eingeleitet. Entgegen anders lautenden Meldungen behält er sich die Position des Gouverneurs von Schanghai in der letzten Zeit nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

Die „Germania“ zu den Gerüchten über die Rückkehr des Kaisers.

W. Berlin, 24. Oktober. (Drahtbericht.) Die „Germania“ nimmt heute morgen Stellung zu den Meldungen über die Rückkehr des Kaisers und stellt hierzu ruhig und sachlich folgendes fest:
Da Reuter zutreffend festgestellt hat, daß ein Besuch des früheren deutschen Kaisers im Zusammenhang nach Deutschland noch nicht vorliegt, erscheinen die mehr oder weniger ausgereizten Erörterungen über dieses Problem als ziemlich verfrüht. Entscheidend bei Lösung dieser Frage können natürlich nur die Interessen Deutschlands sein und nicht begreifliche Privatwünsche des deutschen Kaisers, aber auch keine vorangefassten Meinungen gegen ihn. Man kann Wilhelm II. im ganzen nicht nachtragen, daß er sich unwürdig im Exil benommen oder die Interessen Deutschlands geschädigt habe, wenigstens seine literarischen Produktionen besonders den katholischen Volksteil verfehlt haben und eine von uns nicht gefühlte Auseinandersetzung mit den Feindern der früheren Kaiserzeit notwendig machte. Auch wer keine Kelgung hat, den früheren Kaiser unter ein Sonderrecht zu stellen, möchte doch

Willing und Olympia nicht Staatsgefährlich.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes, das Verbot in Preußen aufhebt.

W. Berlin, 24. Oktober. (Drahtb.) Der „Vossische Zeitung“ heißt es in der Begründung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik über die Aufhebung des preussischen Verbots der Bünde Willing und Olympia, daß der Staatsgerichtshof es als jedem Zweifel entrückt betrachtet, daß vom Willing, dem der Hauptteil der Ausführungen gilt, eine gesetzliche Mittel zur Erreichung der nationalpolitischen Bundesziele direkt abgeleitet werden. Wenn das aus dem März dieses Jahres kommende Arbeitsprogramm des Kapitän Ehrhardt und der ihm angeschlossenen Verbände nur den Weg der parlamentarischen Wahl als den zur Befestigung des Parlamentarismus anerkannte, so stellen gegenüber solchen Zeugnissen einzelner von preussischen Behörden beanstandete Bemerkungen für das Gesamtbild nicht ins Gewicht. Von einem Kampf gegen die Republik ist nach der Überzeugung des Staatsgerichtshofes bei den vielen Besprechungen der nationalpolitischen Führer nie die Rede gewesen. Auch sei keinerlei auf eine dazwischenliegende zielführende Aufgabe getreten für den Verband, daß eine unzulässige Verbindung zwischen der Reichswehr und den vaterländischen Verbänden bestanden haben könnte, sei keineswegs in Absehung gegeben. In der viel erörterten Notverordnung wird bemerkt, daß nach amtlicher Auskunft von der Polizeidirektion München mit jedem Schriftstück identische Endwürde bereits 1925 gefunden wurden. Außerdem sei als Verfasser eine schon in dem genannten Jahre aus dem Leben geschiedene Persönlichkeit ermittelt worden. Das schließt die militärische Betätigung der beiden Bünde betrefte, so sei für den Staatsgerichtshof der Nachweis für eine solche nicht erbracht. Die Entscheidung, wird in dem Urteil für endgültig erklärt, da die Aufhebung des Verbots von allen Richtern einstimmig beschlossen wurde.
Die preussische Regierung legt dagegen auf dem Standpunkt, daß eine Verurteilung an dem Großen Senat des Staatsgerichtshofes sehr wohl möglich sei, zumal die kleine Besetzung des Gerichtshofes, der das Urteil gefällt hat, nur für besonders eilige Fälle vorgesehen ist. Diese habe jedoch für diesen Fall nicht ausgetroffen. Erst wenn diese Frage geklärt ist, wird das preussische Ministerium des Innern Erwägungen darüber anstellen, ob es durch die Veröffentlichung des gesamten Materials der Öffentlichkeit die Beweislast seiner Argumente unterbreiten soll.

Der Streit in der rheinischen Bauernschaft.

Köln, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Kampf um die Seele des rheinischen Bauern tritt in sein entscheidendes Stadium. Heute hielt der mittelhessische Bauernverein des Kreises Mayen im Rahmen einer Versammlung ab, auf der der Bild von der Zentrale der deutschen Bauernvereine, und die Zentralsabgeordneten Schmelzer (Dobbrunden) und Dr. Graf (Koblenz) sprachen. Als Gegenredner waren der Vorsitzende der rheinischen Bauernvereine, Freiherr von Voß und deren Generalsekretär, Reichstagsabgeordneter Kerp, erschienen. Freiherr von Voß trat für die von ihm geplante Einheitsorganisation ein und schenkte auch vor persönlichen Angriffen gegen seinen Vorredner nicht zurück, die der Abgeordnete Schmelzer zurückwies. Als Dr. Wils wiederum forderte der Vorsitzende des rheinischen Bauernvereins im Kreise Mayen seine Anhänger auf, den Saal zu verlassen, welcher Aufforderung etwa der dritte Teil der Anwesenden Folge leistete und in einem anderen Saal weiter saß.
Bemerkenswert waren die Ausführungen des Abgeordneten Schmelzer, daß es auch für den Bauernstand heiße, hinein in den neuen Staat, Mitarbeit mit der verantwortungsbewussten Regierung. Industrie und Kreisländschaft haben ihren Frieden mit dem neuen Staat geschlossen, nicht zu ihrem Schaden. Dem Bauernstand kann es unmöglich Ruhen bringen, wenn er sich als einziger Verursacher der Opposition gegen den neuen Staat hinstellt. Dieses Bekenntnis wurde von den Anhängern des Freiherrn von Voß mit dem Aufschrei beantwortet: „Wir sind Konarischen“.

Belgische Stabilisierung wird durchgeführt.

Die Anleihe in London unterzeichnet.
W. London, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Times“ aus Brüssel berichtet, sind die Verhandlungen, die der belgische Schatzminister Francqui und der Gouverneur der belgischen Nationalbank, Frank, seit Donnerstag in London geführt haben, durch die Unterzeichnung einer endgültigen Anleihe zu Ende geführt worden. Die belgischen Unterhändler sind heute nach Brüssel zurückgekehrt, wo sofort ein Ministerat unter dem Vorsitz des Königs Albert im königlichen Palais stattfand. Es soll nunmehr ein Anleihegeschäft unterworfen der Genehmigung der belgischen Staatsbahn, zur Stabilisierung usw. endgültig angenommen und sofort von London genehmigt werden. Man rechnet damit, daß er schon am morgigen Montag veröffentlicht wird. Damit ist die Stabilisierung Belgiens so gut wie eine vollendete Tatsache. Sie ist vielleicht im Augenblick nur noch eine Frage von Stunden.

Der belgische Staatsminister von den Feinden.

W. Paris, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Aus Brüssel verlautet, daß die Verurteilung über die Stabilisierung des Franken am nächsten Mittwoch im „Moniteur“ erscheinen wird. Man teilt mit, daß England wahrscheinlich 6 Millionen, Amerika 9 Millionen und der europäische Kontinent 9 Millionen Pfund von der Stabilisierung anleihe übernehmen werden, die zu 9 Prozent ausbezahlt werden dürfte.

Große englische Luftparade.

London, 24. Oktober. (Drahtb.) Nachmittags fanden in Anwesenheit der Minister der Comities und zahlreicher Mitglieder der britischen Luftfahrtbehörden eine große feierliche Luftparade statt. In der Parade nahmen nicht nur die besten Marineflugzeuge teil, sondern auch die besten Luftkämpfer aller Größen und Typen. Besonders Interesse erregte ein großes Doppeltransportflugzeug, das von den beiden Piloten und einem Funken- und Beobachter 25 Passagieren mit voller Beschleunigung aufnehmen kann. Es wurden vier Wasserflugzeuge beobachtet, die auf dem

Frankreichs Verleumdungen zur Rechtfertigung der weiteren Militärkontrolle.

Paris, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem Besuch des Botschafters Dr. von Hoeft ist es jetzt vor allen Dingen die letzte Sitzung der Botschaftskonferenz, die die französische Presse eifrig beschäftigt und, wie man feststellen kann, mehr aufregt, als das angeblich in Deutschland der Fall gewesen ist. Der „Temps“ verteidigt sich heute in seinem Leitartikel zu der dreifachen Behauptung, daß Deutschland Frankreich gegenüber ein Doppelspiel treibe. Der offiziellen Politik der Reichsregierung lege eine solche von mehr oder weniger im Hintergrund überdeutlich, aber sehr einflussreichen Persönlichkeiten (Namen werden natürlich nicht genannt), gegenüber, die die Verhandlungspolitik hinterziehen wollen. Der „Temps“ sagt, es sei natürlich nicht die Absicht der Botschaftskonferenz gewesen, die Reichsregierung irgendwie zu verzögern, aber — und nun kommt das Aber — die Kontrollkommission müsse mit ihrer Tätigkeit so lange fortfahren, bis auch der letzte Buchstabe des Vertrages von Versailles bezüglich der Entwaffnung erfüllt sei. Ist hierunter vielleicht auch die moralische Abklärung zu verstehen? Wenn das der Fall ist, dann kann man die Internationalisierte Kontrollkommission als hündige Einrichtung in Deutschland betrachten, denn bisher hat noch kein französischer Politiker erklärt, was man überhaupt unter moralischer Abklärung versteht und wann dieselbe beginnt und wann sie aufhört. Der „Temps“ fährt weiter fort, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gebe Deutschland keineswegs das Recht, die Erfüllung der Internationalisierten Kontrollkommission durch die Kontrollkommission des Völkerbundes zu verlangen. Das wäre ein Unfuss. Die Demission des Generals von Seeck habe die Frage des Oberbefehls zwar erleichtert, aber könne man denn die Persönlichkeit des Generals Seeck?

Hoeft wieder bei Berthelot.

W. Paris, 24. Oktober. (Drahtb.) Das veröffentliche folgende Mitteilung: In Abwesenheit des Außenministers Briand, der sich gegenwärtig auf seinem Landgut befindet, hat der Generalsekretär im französischen Außenministerium, Berthelot, heute abend den deutschen Botschafter Herrn v. Hoeft empfangen, der mit ihm eine längere Unterredung hatte.

Rebertritt Kenworthy von der liberalen zur Arbeiterpartei.

London, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Große Sensation erregt heute die Nachricht, daß der liberale Führer Kenworthy zu der Arbeiterpartei übergetreten sei. Kenworthy hat erklärt, daß er nicht sein Mandat niederlegen werde. Er sei überzeugt, daß er auch als Arbeiterabgeordneter weiterhin das Vertrauen seiner Wähler besitze. Er habe sich Rechenschaft davon abgelegt, daß die liberale Partei in der Auflösung begriffen sei und auf dem Aussterbeort stehe. Er habe allen links-liberalen Abgeordneten den Rat, seinem Beispiel zu folgen.

